

Energie- revolution

STATT GRÜNER KAPITALISMUS

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

ENERGIEREVOLUTION STATT GRÜNER KAPITALISMUS THÜRINGEN SOZIALÖKOLOGISCH ERNEUERN!

DAS KONZEPT DER FRAKTION DIE LINKE FÜR DIE ZUKÜNFTIGE ENERGIEPOLITIK IN THÜRINGEN

Inhaltsverzeichnis

ENERGIE IST LEBEN!

Vorwort von Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Thüringer Landtag.

DER VERMEINTLICHE NACHTEIL - EIN UNSCHÄTZBARER VORTEIL!

Thüringen hat riesige, bislang ungenutzte Reserven bei erneuerbaren Energien.

DER ENERGIEWANDEL IST NOTWENDIG UND FOLGERICHTIG!

Warum wir einen Neuanfang brauchen.

VON EINER ENERGIEPOLITISCHEN WENDE PROFITIEREN ALLE!

Sie ist für die Natur und den Menschen von unschätzbarem Vorteil.

DIE AUSGANGSDATEN FÜR THÜRINGEN SIND AUSSERORDENTLICH GÜNSTIG!

Die energiepolitische Wende könnte für Thüringen eine Wertschöpfung von bis zu 2.500 € pro BürgerIn und Jahr bedeuten.

KONSEQUENT ZUM ZIEL – ERNEUERBAR, SOZIAL, ÖKOLOGISCH!

LINKER Maßnahmenplan für Energieerzeugung, -einsparung, -verteilung.

FAZIT

1. ENERGIE IST LEBEN!

Vorwort von Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Thüringer Landtag.

Energie bestimmt unser ganzes Leben. Ohne Energie können wir kein Essen zubereiten, keine Wäsche waschen, fernsehen, Kleidung tragen, Häuser bauen, mit dem Handy telefonieren.

Wir sind auf Energie angewiesen. Umso wichtiger ist es, über die energetische Zukunft Thüringens zu streiten. Das vorliegende Konzept ist ein Diskussionsangebot der LINKEN an alle, die sich dafür interessieren, wie die Energiegewinnung in Thüringen bis zum Jahr 2040 zu 100% auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann.

Aus unserer Sicht besteht jetzt die Chance, eine tatsächliche Energierevolution, über einem bloßen Grünen Kapitalismus hinaus, zu schaffen. Energie und Energiesystemwandel sind in aller Munde. Klimakatastrophen, Klimawandel, atomare Katastrophen und die hemmungslose Zerstörung von Natur und Umwelt erfordern einen schnellen Wechsel unserer Energiequellen. Die Folgen eines hemmungslosen Raubbaus an Natur und Menschheit und eines am bloßen Gewinn orientierten Systems werden immer deutlicher. Klar ist: so kann es nicht weitergehen. Die Treibhausgasemissionen der Industrieländer müssen um 80 bis 95 % reduziert werden, um zu verhindern, dass nach nicht einmal zweihundert Jahren Industrialisierung die weltweite Temperatur um mehr als 2 °Celsius ansteigt. In Deutschland ist für fast 40 % der Treibhausgasemissionen die Stromerzeugung verantwortlich. Die Katastrophe in Fukushima, die Störfälle in deutschen und aktiven Atommeilern weltweit, die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko oder die Umnutzung großer Landflächen für Biosprit statt für Nahrungsmittel zeigen, dass es ein globales Denken der energetischen Frage geben muss.

Energie ist Daseinsfürsorge, die für uns - wie Wasser, Gesundheit und Bildung - ausschließlich als Teil öffentlicher Verantwortung zu begreifen ist. Mit energetischen Fragen entscheiden sich soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Fragen. Die Frage nach einem Energiesystemwechsel muss mit der Frage nach einer Veränderung des Wirtschaftssystems hin zu einer sozial gerechteren Gesellschaft einhergehen. Ein Weiteres im Schneller-Höher-Weiter-Stakkato wird unsere energetischen, ökologischen und sozialen Fragen nicht beantworten. Jeder und jede muss über seine Stimme und demokratischen

Teilhabemöglichkeiten über zu nutzende Energieformen entscheiden können, nicht nur als Konsument. Der Energiesektor ist derzeit einer der einflussreichsten, profitabelsten und rücksichtslosesten Teile der Weltwirtschaft. Demokratie- und Menschenrechtsfragen stehen dahinter zurück und sind nur ein Feigenblatt, wenn es um die Aneignung von Energieressourcen geht.

Fossile und atomare Energien haben ausgedient. Die negativen ökologischen – und damit letztlich auch ökonomischen – Folgen sind zu einschneidend, als dass dies noch länger ignoriert werden könnte. Die Erschöpfbarkeit fossiler Energien wird oft als Argument angeführt, um sich mit der Zukunft von Energie zu beschäftigen. Jenseits ihrer Endlichkeit zwingen uns aber ihr Anteil an Umwelt- und Naturzerstörung und Gefahr für die Menschheit zum Umdenken. Hinzu kommt die Abhängigkeit vieler Staaten von wenigen Energieproduzenten auf der Erde. Die Verknappung von Öl, Gas, Uran regt die großen Energiekonzerne zu immer riskanteren Förderpraktiken ohne Rücksicht auf Mensch und Natur an. In Deutschland haben vier Energiekonzerne den Markt fest im Griff und verhindern seit vielen Jahren eine Abkehr von Atomenergie. Zu schnell lässt sich damit Profit erzielen. Es sind die Energiekonzerne, die seinerzeit mit der Kanzlerin über die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke verhandelt haben. Die Menschen in diesem Land, von denen sich viele in sozialen sowie Umwelt- und Protestbewegungen, in Öko- und Klimaverbänden organisiert haben, wollten diese Laufzeitverlängerung nicht.

Die Vorteile erneuerbarer Energiequellen sind überwältigend. Sie sind nahezu unerschöpflich und mit ihnen besteht die Chance, klimaneutral Energie zu erzeugen. Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sind naturgemäß überall auf der Welt vorhanden. Allein das ist ein unschätzbare Vorteil gegenüber großen, weit entfernten Kraftwerken. Energie wird immer vor Ort verbraucht, Energie auch vor Ort zu erzeugen, verkürzt die Transportwege erheblich und verringert globale Abhängigkeiten. Milliarden schwere Transportaufwendungen für Rohstoffe und fossile Energien können mit erneuerbaren Energien vor Ort deutlich reduziert werden. Regional erzeugte und genutzte Energie führt zu Energieautonomie gegenüber Ölstaaten, multinationalen Konzernen und nationalen Energiekonzernen, die sowohl die Energieerzeugung als auch die Kosten diktieren. Diese Autonomie kann eine Basis sein, auf der wirtschaftliche, soziale und demokratische Unterschiede weltweit aufgehoben werden können.

Es reicht jedoch nicht, die Energiewende in den bestehenden Strukturen anzustreben. Die Folge davon ist Grüner Kapitalismus. Dieser hebt jedoch soziale Ungerechtigkeiten, Eigentumsverhältnisse, Wachstums- und Gewinnstreben nicht auf. Er verdrängt soziale, wirtschaftliche und demokratische Fragen und führt unter Umständen dazu, dass eine neue Form der Armut entsteht: die Energiearmut. Mit einem sozial blinden ökologischen Umsteuern wird lediglich erreicht, dass Energie von zahlreichen Menschen nicht mehr zu bezahlen sein wird. Das führt zu Haushaltsverschuldungen, kalten Wohnungen im Winter, zu eingeschränkter Mobilität und erzwungenem Konsumverzicht. Wer keine Anbindung an Busse und Bahnen hat und dazu noch auf ein Auto verzichten muss, weil es unerschwinglich teuer ist, wer krank wird, weil die Heizungsrechnung nicht beglichen werden kann, wer sich aufgrund explodierender Energiepreise keine Erholung mehr gönnen oder keinen Wunsch mehr erfüllen kann, wird der Verlierer einer solchen Energiewende sein.

Eine wirkliche Energierevolution heißt aber, die Eigentumsverhältnisse im Energiesektor so zu verändern, dass die Verantwortung in die Öffentliche Hand übergeht und demokratische Kontrolle möglich ist. Damit kann Energie in globalem Maßstab für alle nutzbar gemacht und bezahlbar gehalten werden. Linke Politik muss auf erneuerbare Energien setzen, weil sie dem Wohle aller verpflichtet ist. Die LINKE kämpft für das Ende von Gesundheitsschäden, Umweltschäden und Ausbeutung einer ausschließlich profitorientierten Energiewirtschaft. Sie setzt sich aber auch für ein bezahlbares, nachhaltiges und Energiearmut vermeidendes ökologisches Umsteuern ein, welches neue soziale Risse und Herrschaftsverhältnisse verhindert.

Thüringen selbst hat viele Möglichkeiten, bis zum Jahr 2040 zu hundert Prozent erneuerbare Energien zu nutzen. Es geht um nicht weniger als um den Aufbruch in ein neues Produktionszeitalter, weg von der großtechnischen hin zur kleinteiligen Energieerzeugung und -verteilung. Die Industrie der Zukunft hat ein ganz neues Gesicht, sie wird nicht mehr

von einem extensiven Ressourcenverbrauch, sondern von intelligenten Lösungen und nachhaltigen Technologien auf der Basis erneuerbarer Energien bestimmt. Jedes Haus muss als Kraftwerk gedacht werden. Strom, Wärme und Gas müssen im Zusammenhang gesehen und auch so organisiert sein. Selbstversorgung ist daher keine Utopie mehr, sondern kommende Realität. Mit tausenden neuen Arbeitsplätzen, liegt hier ein Jobmotor riesigen Ausmaßes. Es geht um die Verbindung von ökologischer, demokratischer und sozialer Frage.

Was wir brauchen, ist Mut zur Zukunft! (*1) (Anmerkung 1 Viele Gedanken sind nicht nur durch uns in die Diskussion gebracht worden, sondern basieren auf schon bekannten Positionen von linken Vordenkern, wie z.B. dem kürzlich verstorbenen Politiker Hermann Scheer. Gleich einem Gedenken verweisen wir auf den nachlesenswerten Artikel Scheer, Hermann: „Energie System Wechsel.“ in: „Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis.“ Berlin 1/2011: S. 130 bis 135)

Bodo Ramelow

DER VERMEINTLICHE NACHTEIL - EIN UNSCHÄTZBARER VORTEIL!

Thüringen hat riesige, bislang ungenutzte Reserven bei erneuerbaren Energien.

Thüringen unterscheidet sich von allen anderen Bundesländern vor allem dadurch, dass es zu den Ländern mit dem höchsten Stromimport in Deutschland zählt. Es gibt im Land – glücklicherweise – kein Atomkraftwerk, kein Kohlekraftwerk. Dieser vermeintliche Nachteil, das Land importiert Strom, ist ein Vorteil! Denn Thüringen hat riesige, bislang ungenutzte Reserven bei erneuerbaren Energien.

Das Grüne Herz Deutschlands ist daher geradezu prädestiniert, ein Musterland dezentraler Energieerzeugung und -verteilung aus einem Mix regenerativer Energien zu werden. Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie - für alles gibt es gute bis sehr gute Voraussetzungen. Zudem existieren ideale Möglichkeiten der Nutzung von Altem und Neuen, z.B. die künstlich geschaffenen Wasseradern der ehemaligen Hammerwerke oder Mühlen für Wasserkraft oder stillgelegte Talsperren für die Nutzung als Pumpspeicherwerke. Ebenso gibt es in Thüringen ein hohes Potential im Forschungsbereich.

An hiesigen Hochschul- und Forschungseinrichtungen wird an verschiedenen, energetisch hoch spannenden Lösungen, wie z.B. Speichermedien oder Strommanagementsystemen, gearbeitet. Und mit „solarvalley“ Erfurt, einem Verbund der Solartechnologie, existiert eine der wichtigsten technologischen Vereinigungen Deutschlands.

Große, brach liegende Potentiale gibt es auch bei der Abwärme. Experten gehen davon aus, dass jede für den Antrieb von Kühlgeräten benötigte kWh Strom bis zu zwei kWh Abwärme nach sich zieht. Diese Abwärme ist nicht immer ein unvermeidbarer Wärmeverlust, sondern stellt häufig nutzbare Energie dar, die Kosten senkend eingesetzt werden kann.

Angesichts dieser enormen Voraussetzungen ist es unser Ziel, in Thüringen spätestens bis zum Jahre 2040 eine 100-Prozent-Vollversorgung mit Strom aus hier in der Region erzeugten erneuerbaren Energien zu schaffen, die Netze vollständig zu rekommunalisieren bzw. umzustrukturieren und das Land zugleich zum Forschungslabor für Deutschland zu machen.

Und nicht zuletzt sind damit aber eine Stärkung des Industriestandortes Thüringen und die Schaffung tausender Arbeitsplätze verbunden. In diesem Zusammenhang muss es auch um nachhaltige Lösungen im Sinne einer Gesamtenergiebilanz gehen. Was nützen die neuesten Solarmodule, wenn sie unter fragwürdigen Bedingungen gefertigt und erst über die Weltmeere transportiert werden müssen. Der Weg lautet: dezentrale, regionale und regenerative Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung. Grundsätzlich geht es dabei um die Gestaltung der Energieproblematik als ein Element der Daseinsvorsorge. Sie muss den privaten Konzernen entzogen und in öffentliche oder genossenschaftliche Hand überführt werden. Das ist nicht nur Teil einer Eigentums-, sondern eine generellen Demokratiefrage und somit Bestandteil einer gesellschaftlich notwendigen Konsequenz, eben einer Energierevolution statt eines Grünem Kapitalismus.

Diese Energiewende schont die Umwelt, erhöht die Lebensqualität der Menschen und macht langfristig die Strompreise bezahlbar.

DER ENERGIEWANDEL IST NOTWENDIG UND FOLGERICHTIG!

Warum wir einen Neuanfang brauchen.

Zum Verständnis des grundlegenden Wechsels im Energiesektor ist auch ein Blick zurück in die Historie hilfreich. Er veranschaulicht, warum wir einen Neuanfang brauchen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts, nachdem die wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bekannt geworden sind, setzte eine breite Anwendung der Elektrizität ein. Die Energieversorgung wurde in Strukturen organisiert, die heute längst überholt sind. An denjenigen Standorten, wo Energieträger wie z.B. Kohle (später auch Atomenergie) zur Verfügung standen, wurde die Energieerzeugung vorgenommen. Um die dort erzeugte Energie zu den Standorten zu transportieren, wo sie ge- und verbraucht wurde und wird (Ballungszentren, Gewerbegebiete), baute man das heutige, mittlerweile 1.780.000 Kilometer lange Stromnetz. Knapp 1,8 Mio. Kilometer bedeuten viereinhalbmal die Strecke von der Erde zum Mond.

Mit dieser historisch gewachsenen Struktur ist allerdings auch ein weiteres generelles Problem verbunden: fossile Energieträger reduzieren sich wegen ihrer endlichen Reserven auf immer weniger Länder der Welt und sind zudem überwiegend fest in der Hand einer überschaubaren Zahl von Großkonzernen, die in fast schon diktatorischer Art Markt und Preise beherrschen.

Bis heute werden trotz besser erschlossener Energieträger in diesem, dem 19. Jahrhundert entstammenden, Denken die Stromverteilung geplant und Leitungen von Nord nach Süd, Ost nach West gebaut.

Im Wesentlichen trifft das auch für die übrigen Leitungssysteme zu, die oft parallel zueinander ohne Zusammenhang existieren.

Aber heute ist ein neues Denken notwendig. Der Klimawandel, die Ressourcenknappheit und nicht zuletzt unsere Verantwortung für die Zukunft machen einen radikalen Wechsel unabdingbar.

Zudem sind in der heutigen Zeit in mehrfacher Hinsicht mit den erneuerbaren Energien komplett neue Möglichkeiten entstanden. Die Natur bietet ihr Potential überall, in unterschiedlicher Intensität und regional auf Dauer verfügbar an. Wichtig ist in Zukunft die Verknüpfung von Energieerzeugung und Energieverbrauch! Regional lässt sich vor allem im ländlichen Raum der Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken. Energieintensive Wirtschaftsbereiche sollen zukünftig dort angesiedelt werden, wo preiswerte erneuerbare Energie wie Windkraft ausreichend zur Verfügung steht. Dadurch lässt sich das Stromleitungssystem deutlich entlasten.

Natürlich bedarf es eines gewissen Übergangsszenarios, aber neben den neuen Möglichkeiten der Energieerzeugung existieren zahlreiche technische Neuerungen bei den Leitungssystemen (z.B. so genannte smart grid).

Und auch die Entwicklung der Speichermöglichkeiten macht in rasantem Maße Fortschritte. Zudem eröffnen sich auf dem Gebiet der Energieeffizienz neue Chancen, so bei der Nutzung der bisher oft unberücksichtigten „Nebenprodukte“ wie z.B. Abwärme. Unsere Aufgabe ist lediglich, diese Chancen endlich zu nutzen.

Außerdem: Wie in der Bundesrepublik Energie erzeugt, verteilt und bezahlt wird, ist auch eine Frage von Demokratie und Teilhabe. Jahrzehntlang konnte das Wirtschaftsdiktat der Stromkonzerne die Weichenstellungen in der Energiepolitik unmittelbar bestimmen. Gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung, gegen Einwände aus der Wissenschaft und unter bewusster Geheimhaltung von Störfällen in bundesdeutschen AKWs setzte die Politik die Profitinteressen der Energiemonopole durch. Einher ging diese Atompolitik mit Demokratieabbau und Repression. Beim Bau von atomaren Anlagen wurden gezielt Beteiligungsrechte von AnrainerInnen außer Kraft gesetzt. Eine Entwicklung, die sich bis heute bei energiepolitischen Großprojekten verfolgen lässt. Neben Geheimhaltung setzte eine Diffamierung und Verfolgung von GegnerInnen der Atompolitik ein. Kritische WissenschaftlerInnen wurden diskreditiert, in den Zentren des Widerstands, wie im Wendland, wurden demokratiefreie Zonen errichtet. Die Lobbykratie der Stromkonzerne hat

der Demokratie einen schweren Schaden zugeführt. Transparente, sichere, kontrollierbare, regionale und demokratische Formen der Energiegewinnung und -verteilung können nur dann realisiert werden, wenn die Macht des Kartells gebrochen wird und eine Umkehr in der Energiepolitik mit echter Bürgerbeteiligung verbunden wird. Kommunalisierung und Regionalisierung müssen daher immer an Verfahren der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gekoppelt werden.

Die jahrzehntelange Protestbewegung gegen die Atomlobby und gegen AKWs ist auch ein Ausgangspunkt von breitem und fachlich fundiertem Bürgerengagement in politischen Sachfragen über alle Bevölkerungsschichten hinweg. Sie hat die politische Diskussion um mehr direkte Beteiligung von EinwohnerInnen/BürgerInnen an Sachentscheidungen, bis hin zur Einführung direkt demokratischer Mitbestimmungsinstrumente, stark befördert. Der Protest gegen "Stuttgart 21" hat seine Vorläufer auch im Protest gegen die Errichtung und den Betrieb von AKWs, Endlagern, die Durchführung von Castortransporten. Moderne und zukunftsfähige Energiepolitik geht nur mit den (betroffenen) Menschen, nicht über deren Köpfe hinweg. Deshalb müssen neben den Instrumenten der direkten Demokratie (z.B. bei Abschluss von Konzessionsverträgen) auch die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte im Planungsrecht (z.B. bei Entscheidung über Errichtung von Versorgungsleitungen und Kraftwerken) umfassend ausgebaut werden. In den Unternehmen, die im Bereich Energieerzeugung und -versorgung tätig sind, müssen Bürger- bzw. Verbraucherbeiräte eingerichtet werden, die wirksame Informations- und Kontrollrechte haben.

VON EINER ENERGIEPOLITISCHEN WENDE PROFITIEREN ALLE!

Sie ist für die Natur und den Menschen von unschätzbarem Vorteil.

Eine energiepolitische Wende produziert zahlreiche GewinnerInnen. An erster Stelle ist sie für die Natur und den Menschen von unschätzbarem Vorteil. Nachhaltig konzipiert würde der schonungslosen Ausbeutung unserer Umwelt nicht nur Einhalt geboten.

Von einer sauberen Umwelt und enorm reduzierten Krankheitsrisiken profitieren die Menschen ebenso sehr wie von der Vermeidung technischer Katastrophen in Atomkraftwerken oder anderen großen Kraftwerken. Gleichzeitig können auf diesem Weg aber auch bezahlbare Energie für alle sichergestellt und Energiearmut verhindert werden. Entscheidend ist, dass die Energiewende nicht von den sozial Schwachen finanziert werden muss, dass sie über Förderinstrumente unterstützt werden und ihnen die Möglichkeit eingeräumt wird, z.B. durch den Kauf von umweltfreundlichen, energiesparenden, strahlungsarmen Elektrogeräten, ihren Energieverbrauch zu reduzieren und ein gestärktes Umweltbewusstsein entwickeln zu können.

Eine regionale Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung wäre auch ein sinnvoller Beitrag für den Eine-Welt-Gedanken. Der Raubbau an den Ressourcen in Entwicklungsländern könnte damit beendet werden. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in armen Ländern, die Gewinnabschöpfung durch multinationale Konzerne oder Ölscheiche auf Kosten der einheimischen Bevölkerung, der Raubbau an natürlichen Ressourcen und Umwelt führt in zahlreichen Ländern der Welt zu enormer sozialer Spaltung und bitterer Armut. In dem Moment, in dem die reichen, energiehungrigen Gesellschaften der Erde nicht mehr auf diese Energiequellen angewiesen sind, wird die Naturzerstörung eingedämmt und die Menschen in den armen Ländern der Welt haben die Möglichkeit, diese selbst zu nutzen. Zugleich bietet der Energiesektor auch ein enormes Arbeitskräftepotential, welches es nur zu wecken gilt. Erfreuliche „Nebenwirkung“: Beschäftigungseffekte ziehen Nachfrage- und Wertschöpfungseffekte nach sich, wovon vor allem die regionale Wirtschaft profitieren würde. Gerade letztere wäre einer der maßgeblichen Gewinner einer Energiewende.

Alle Wirtschaftssektoren und Unternehmen erhalten eine neue Effizienz- und Wachstumschance. Allerdings werden immer noch vielfach die Chancen für diese Entwicklung verkannt und auch das Tempo, ab wann alle Sparten davon profitieren könnten. Im Verkehrsbereich muss der Schienenverkehr auf Regenerativstrombasis in Zukunft die Grundlage bilden. Verknüpft mit Straßenbahnen, Bussen und mietbaren Elektrofahrzeugen vor den Bahnhöfen lässt sich die Mobilität jedes Einzelnen nachhaltig sichern. Hier werden wir Brücken bauen, um ein übergreifendes Denken zu befördern und durchzusetzen.

Insbesondere die Automobilindustrie muss sich vom fossilen Kraftstoffbedarf emanzipieren: durch emissionsarme- bzw. -freie Fahrzeuge, die mit erneuerbaren Energien – vor allem Strom – angetrieben werden. Sie muss den Schritt in die Großserienproduktion für solche Automobile schnellstmöglich einleiten. Damit unterstützt sie gleichzeitig die Gesellschaft bei der Einleitung des Energiewechsels. Gerade die Automobilindustrie verfügt über gute Voraussetzungen, sich zum Produzenten für stationäre Motorkraftwerke zu entwickeln, ob es sich um Blockheizkraftwerke, mit Brennstoffzellen betriebene oder sonstige Motoren handelt. Auch ihre Erfahrungen in der Motorenentwicklung und der Vermarktung, Wartung und Pflege dezentraler Anlagen über ein weit gespanntes Händler- und Werkstattnetz könnten für den Durchbruch der erneuerbaren Energien sorgen.

Neue Möglichkeiten ergäben sich auch in den übrigen Verkehrssegmenten. Eisenbahngesellschaften und Schienenfahrzeugindustrie könnten für Entwicklung und den Einsatz von mit Brennstoffzellen betriebenen Triebwagen sorgen. Mit an Bord erzeugtem Strom angetriebene Lokomotiven könnten das Stromüberleitungsnetz konzentrierter einsetzbar und langfristig vielleicht sogar überflüssig machen. Das brächte erhebliche Einsparungen bei den Systemkosten im Bahnbetrieb und erhöhte die Zuverlässigkeit.

Die Elektro- und Informationstechnologiebranche ist prädestiniert, neue, hoch effiziente Stromspeichertechniken zu entwickeln. Der Markt für Erneuerbare-Energie-Anlagen wächst umso schneller, je intelligenter und kostengünstiger die Speichertechniken werden. In Thüringen können durch die Nutzung nicht mehr benötigter Talsperren neue Pumpspeicherkraftwerke als effiziente Speicher geschaffen werden. Die Leistung alter Pumpspeicherkraftwerke lässt sich optimieren. Überkapazitäten aus Wind- und Solarstrom können zur Erzeugung von regenerativem Wasserstoff genutzt werden. Dabei ist die Speicherfähigkeit von Wasserstoff im Erdgasnetz zu gewährleisten.

Die Landwirtschaft kann zum Rohstoffproduzenten werden. Im Anbau von Rohstoffpflanzen liegt auch die Chance zu einer kompletten Ökologisierung der chemischen Industrie für einen grundlegenden „Stoffwechsel“. Pflanzen könnten dann als vielfältige künftige Grundstoffbasis das Erdöl ersetzen. Damit kann die Marginalisierung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume seit der industriellen Revolution dauerhaft beendet werden. In diesem Zusammenhang eröffnet sich auch der Nahrungsmittelindustrie ein weiteres Geschäftsfeld und die Chance zur Produktivitätssteigerung, wenn sie systematisch dazu übergeht, ihre biologischen Reststoffe energetisch zu verwerten – zur Eigenerzeugung von Strom oder zur Erzeugung und Vermarktung von Biokraftstoffen. Entscheidend ist jedoch, dass Biokraftstoffe weder regional, national noch weltweit auf Kosten der Nahrungsmittel produziert werden. Mit dem Energiehunger der ersten Welt sowie der Schwellenländer darf der weltweite Hunger nicht verschärft werden.

Die Bauwirtschaft, einschließlich der Baustoffindustrie und des Bauhandwerks, wird neben der Landwirtschaft den größten Aufschwung erleben, wenn sie die Chancen des Bauens auf der Basis erneuerbarer Energien für sich nutzt. Zahlreiche neue Baumaterialien und Bauweisen – von wärmedämmendem und zugleich stromproduzierendem Glas, energiesparenden Holzkonstruktionen bis zu intelligenten architektonischen Lösungen – könnten dabei zum Einsatz kommen.

Für Hochschulen und Forschungseinrichtungen entstehen komplett neue Forschungsfelder. Neue Berufe und nachhaltige Arbeitsplätze bieten Zukunftschancen für Thüringen.

Die kommunale und regionale Energiewirtschaft erhält dauerhafte Zukunftsperspektiven, indem sie die Stromproduktion wieder in eigene Hände nimmt und als Partner der regionalen Landwirtschaft die Produktion und Vermarktung von Biokraftstoffen als neues Arbeitsfeld erschließt. Gleiches gilt für die energetische Verwertung organischer Abfälle in Städten und Gemeinden.

Auch Energiekonzerne könnten sich auf eine dezentrale Energieversorgung einstellen, indem sie sich zu einer Holding selbständig operierender Unternehmen auf kommunaler und regionaler Ebene umwandeln, um damit plötzliche Einbrüche zu vermeiden und einen geordneten Rückzug zu ermöglichen.

Unterm Strich: die Energiewende lohnt sich!

DIE AUSGANGSDATEN FÜR THÜRINGEN SIND AUSSERORDENTLICH GÜNSTIG!

Die energiepolitische Wende könnte für Thüringen eine Wertschöpfung von bis zu 2.500 Euro pro BürgerIn und Jahr bedeuten.

Die Bundesrepublik Deutschland verbrauchte im Jahre 2009 Elektroenergie in Höhe von 580 Milliarden kWh. (*2) (Anmerkung 2 Quelle www.wikipedia.org/wiki/strombedarf)

Unter Beachtung von Wirtschaftswachstum, unter Beachtung der Ablösung fossiler Energieträger sowie der Atomenergie, die zu einem zusätzlichen Energiebedarf führen, unter Beachtung notwendiger Sparmaßnahmen und unter Beachtung der rückläufigen Bevölkerung wird der Elektroenergiebedarf mittelfristig seinen mengenmäßigen Zenit bei etwa 1,1 Billionen kWh erreichen.

Bemerkenswert ist, dass diese Energiemenge vor allem in Form von Elektroenergie erzeugt werden wird. Der Freistaat Thüringen verbrauchte ebenfalls im Jahre 2009 acht Milliarden kWh Strom (*3) (Anmerkung 3 vergleiche auch für die folgenden Ausführungen „Energiebericht 2010 – Hrsg. Thüringer Wirtschaftsministerium“ Erfurt 2010). Der durchschnittliche Wärmeverbrauch in Thüringen pro Haushalt betrug 135 kWh pro qm pro Jahr. Gemessen an Deutschland wird der Eigenbedarf auf etwa 16 Milliarden kWh steigen, werden besondere Härten eines möglichen drastischen Bevölkerungsrückgangs als Risiko nicht beachtet.

Die Möglichkeiten der Erzeugung erneuerbarer Energien hängen direkt mit vorhandenen Flächen zusammen. Das bedeutet: wenn Deutschland etwa 1,1 Billionen kWh Strom produziert, muss auf Thüringen ein Anteil von 53 Milliarden kWh entfallen. Selbst wenn wir den Flächenvergleich nicht bemühen, wäre es sinnvoll, diese Größe anzustreben, weil Ballungszentren mittelfristig gewisse Probleme haben werden, ihren Energieanteil zu erzeugen.

Damit ergibt sich für Thüringen die Chance und Herausforderung, Energieexportland zu werden. (*4) (Anmerkung 4 Quelle dazu vgl. u.a. www.zw-jena.de/energie/energiebilanz.html. www.energieundbau.de/altbausanierung/wissen/Der-Gebaeudebestand-in-Deutschland)

Es besteht die große Chance, Wertschöpfung in von bis zu 2.500 Euro pro BürgerIn und Jahr zu generieren. (*5) (Anmerkung 5 Quelle Scheer, Hermann Scheer: „Die solare Weltwirtschaft“ München 2002, S. 35) Wenn wir nämlich bedenken, dass ein Bundesbürger im Jahr so viel Energie verbraucht, Tendenz steigend, dann weiß man, dass ein Ort von 2.000 Einwohnern jedes Jahr fünf Millionen Euro Wertschöpfung erwirtschaften kann.

Dieser erfreuliche Umstand löst nicht jedes Problem in den Dörfern und Städten zumal diese Einnahmen im Idealfall sich auf die Kommune und alle Familien verteilen. Dennoch sind fünf Millionen Euro jährlich eine kontinuierliche Summe, die wieder ausgegeben werden kann und damit die Region belebt. Ja, es wäre auch die Chance, ganz neue Wirtschaftskreisläufe zu etablieren, dies kann wiederum die Wertschöpfung in der Region befördern.

Mit neuen Technologien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien ließen sich der Energiebedarf decken und zugleich regionale Wertschöpfung betreiben.

Ein an Land betriebener Windgenerator liefert – nach heutigem Stand der Technik – 1.200 bis 1.500 Familien den Strom (3.000 kWh pro Familie als bundesdeutschen Durchschnitt angenommen), und die Effizienzentwicklung geht noch weiter.

Gegenwärtig werden an Land die ersten Windgeneratoren mit einer Leistung von 15 bis 16 Millionen kWh aufgestellt. Eine Machbarkeitsstudie zeigt, dass noch vor 2020 Generatoren mit einer Leistung von ca. 60 Millionen kWh pro Jahr möglich sind. Ein Solarpark, ausgestattet mit Dünnschichtmodulen und einer Fläche von vier bis fünf Hektar liefert momentan zwar „nur“ ca. 1,5 Millionen kWh. Doch auch hier ist die Entwicklung rasant.

Es ist weiterhin klar abzusehen, dass Biomasse und damit die Landwirtschaft enorm an Bedeutung gewinnen werden. Mindestens drei wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben müssen über die Biomasse realisiert werden. Eine wichtige Eigenschaft von Biomasse ist vor allem die Speicherefähigkeit. Experten schätzen, dass Bioenergie mindestens zehn Prozent des Energieaufkommens Thüringens decken kann. Der Spielraum ließe sich vermutlich durch moderne Technologien und neue Pflanzenzüchtungen noch steigern. Dabei sind natürlich die umweltgerechte Produktion zu gewährleisten und die Biodiversität als Notwendigkeit zu beachten.

Der Freistaat hat noch brach liegendes Potential bei der Wasserkraft: Instand zu setzende alte Talsperren wären eine Möglichkeit.

Die Wasserkraftnutzung an vorhandenen und auch zukünftig notwendigen Wehren lässt sich mit neuen, für die Gewässerökologie verträglichen Technologien vorantreiben. Zurzeit sind besonders die Wasserwirbelkraftwerke, auch Gravitationswasserwirbelkraftwerke genannt, gefragt, welche zur Erzeugung von Energie aus Wasserkraft bei kleinen Höhendifferenzen geeignet sind. Natürlich muss dabei die ökologische Durchlässigkeit von Gewässern Priorität haben.

Zusätzliche Möglichkeiten bieten sich auch bei der Geothermie, vom Grundsatz her mit einem unbeschränkten Energiespeicher. Für die Zukunft besteht dort große Hoffnung, dass nach entsprechenden Untersuchungen Grundlast an Strom sowie Fernwärme generiert werden kann. Die Risikoabschätzung ist dabei mit äußerster Sorgfalt zu betreiben.

Und genau hier liegen ideale Ausgangsbedingungen, um eine Rekommunalisierung der Stromnetze, d.h. eine Überführung in die öffentliche Hand, zu realisieren. Würden sich also die Thüringer Kommunen bemühen, den bislang gehaltenen Unternehmensanteil von 47 Prozent um mindestens vier Prozent – nämlich die Unternehmensmehrheit – zu erhöhen, wäre viel gewonnen. Da es sich bei einer solchen Summe nicht nur um eine so genannte rentierliche Investition handeln würde, sondern deren Amortisierung sich auch relativ gut prognostizieren ließe, ist ein solcher Schritt unbedingt vorzunehmen.

KONSEQUENT ZUM ZIEL – ERNEUERBAR, SOZIAL, ÖKOLOGISCH!

LINKER Maßnahmeplan für Energieerzeugung, -einsparung, -verteilung.

Es muss uns also nicht bange sein, das Energie-Aufkommen könnte nicht reichen. Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass die genannten Aufgaben alle machbar sind mit einem wohl durchdachten Energiemix. Intelligent – und über das rein buchhalterische Denken der Konzerne hinaus – gedacht, eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten.

Windenergie: Durch eine Novellierung des Landesentwicklungsplans und eine Neukonzipierung der Regionalpläne werden wir die bisherige Verhinderung von Anlagen in diesem Sektor erneuerbarer Energien beenden. Insbesondere werden wir das „Repowering“ (Leistungsverstärkung) bestehender Windkraftanlagen erleichtern. Dabei müssen die rasanten technischen Neuerungen im Windanlagenbau kontinuierlich berücksichtigt werden. Die Regionalpläne sollen künftig lediglich besonders geeignete Flächen entlang der überörtlichen Verkehrswege für Windenergie der höchsten Leistungsklasse festlegen sowie darüber hinaus geeignete Standorte ausweisen für Stromspeichertechniken – z. B. für wasserstoffgeeignete Erdgaslager, als Druckluftspeicher geeignete Bergwerke. Wir werden es dem Verantwortungsbereich der Gemeinden überlassen, im Rahmen ihrer Flächennutzungsplanung frei über Vorrangflächen für kleinere Windparks (bis zu vier Anlagen) zu entscheiden. Dies stärkt die kommunale Selbstverwaltung.

Solarenergie: Verstärkt wird an allen geeigneten Flächen die Solarenergie zum Einsatz kommen. Bislang ungenutzte Bereiche werden – wenn geeignet – in die Planungen einbezogen, so z.B. Straßen- u. Bahnböschungen, Parkflächen, Brücken, Altlastenflächen, Halden und Deponien. Dazu wird ein flächendeckendes Solarkataster erstellt, welches alle Möglichkeiten sondiert. Wir wollen für alle geeigneten Neubauten und Siedlungen einen Mindeststandard zur Nutzung der Solarenergie einführen. In diesem Zusammenhang muss auch das Thüringer Denkmalschutzgesetz angepasst werden, um eine anspruchsvolle Integration der Solartechnik in denkmalgeschützten Gebäuden zu ermöglichen. Wir werden den generellen Ausschluss der Solarenergie in bestimmten Ortsteilen (Thüringer Bauordnung) unterbinden.

Bioenergie: Eine zentrale Rolle kommt auch der Förderung des Ausbaus der Bioenergie unter gleichzeitiger Beachtung der Nachhaltigkeitskriterien sowie dem Einsatz der Biomasse als Grundstoff zu. Die Landwirtschaft erfährt eine neue Bedeutung, indem in ihr Nahrungsmittel-, Energie- und Rohstoffherzeugung integriert werden. Somit werden zugleich eine optimierte ökologische Ressourcennutzung und die kooperativen regionalen Wertschöpfungsketten verbunden. In Zukunft wird die Zusammenarbeit von Stadtwerken und

Landwirtschaft intensiviert, um die Einspeisung von Biogas in das Gasnetz und damit dessen Einsatz in der Kraft-Wärme-Kopplung voranzutreiben. Damit wird auch das Stadt-Umland-Verhältnis gestärkt. In Ergänzung dieser Maßnahmen soll die wissenschaftliche Nutzpflanzenkunde Untersuchungen in Hinblick auf die energetische und stoffliche Nutzung solcher Pflanzen, die ertragsstark und boden- und grundwasserschonend sind, vornehmen. Möglicherweise wird dazu die Gründung einer öffentlichen Saatgut-Verwertungsbank erforderlich. Auch die Thüringer Forstwirtschaft erlangt in diesem Zusammenhang erhöhte Bedeutung. Insbesondere die Potentiale bei der Gewinnung von Energieholz sind auszuschöpfen.

Wasserkraft: In Bezug auf die heimischen Wasserläufe werden wir einen Bewirtschaftungsplan erarbeiten, um den ökologisch verträglichen Ausbau der Kleinwasserkraft in Thüringen zu ermöglichen. Vor allem neue technologische Entwicklungen auf diesem Gebiet sollen zum Einsatz kommen. In diesem Zusammenhang reaktivieren wir alte und genehmigen gegebenenfalls neue Wasserrechte. Intensiv geprüft werden sollten vorhandene Talsperren für die Wasserkraftnutzung (für die derzeit möglicherweise die Stilllegung vorgesehen ist) bzw. auch die Errichtung von Pumpspeicherkraftwerken. Technische Prüfungen in dieser Hinsicht sind auch für ehemalige Bergbauschächte notwendig und sollten – wenn geeignet – einer wasserkrafttechnischen Nutzung zugeführt werden. All diese Maßnahmen werden in Abstimmung mit den Thüringer Umweltverbänden erfolgen und die zu entwickelnden Kriterien in das Wassergesetz übernommen.

Geothermie: Es werden zudem alle Möglichkeiten geprüft, Geothermie zum Einsatz zu bringen. Sowohl Oberflächen-Geothermie als auch Tiefen-Geothermie bzw. die Eignung alter Bergschächte und Salzstöcke sollten in die Prüfung einbezogen werden. Aber auch hier gilt wie bei allen anderen Maßnahmen das Gebot der Nachhaltigkeit. So sollte ein Einsatz dieser Technologien erst erfolgen, wenn eine intensive Technikfolgenabschätzung Chancen und Risiken gegeneinander abgewogen hat.

Wärmenutzung: Wir müssen für eine optimierte Wärmenutzung für die Stromerzeugung die Abfallwirtschaft besser integrieren. Wir werden flankierend dazu auch das Abfallrecht grundsätzlich überprüfen, um bei der Entsorgung durch Neuinvestitionen die energetische Verwertung organischer Abfälle zu ermöglichen. Parallel dazu muss die Kraft-Wärme-Kopplung deutlich ausgebaut werden. Miniblockheizkraftwerke sowie neue Technologien zur Stromerzeugung aus Niedertemperaturwärme bieten weitere Potentiale, die es zu nutzen und mittels spezieller Förderprogramme zu unterstützen gilt. Fernwärme- und Nahwärmenetze sowie vorhandene Gasleitungen müssen deutlich aufeinander abgestimmt sein. Bei der Neuplanung von Anlagen muss z. B. im Rahmen der Standortwahl sichergestellt werden, dass die Abwärme durch vorhandene Abnehmer möglichst weitgehend verwendet werden kann.

KONSEQUENT ZUM ZIEL – EFFIZIENZ STEIGERN, SPAREN ERMÖGLICHEN

Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Energiesparen

Ein zweiter wichtiger und nicht zu unterschätzender Schwerpunkt der Energiewende ist die Frage der Energieeffizienz. Es gilt zahlreiche Maßnahmen zu ergreifen, die den Energieverbrauch senken. So hat eine Studie des Thüringer Landesrechnungshofes aus dem Jahre 2010 ergeben, dass es auf den Gebieten Energieeffizienz und Klimaschutz bei den Thüringer Kommunen erheblichen Nachholbedarf gibt. Auch der Energiebericht 2010 des Landes weist – trotz aller unbestrittenen Fortschritte – auf Reserven bei den Landesliegenschaften hin. Ähnlich verhält es sich bei der Nutzung von Abwärme im öffentlichen und privaten Raum. Die Umstellung der Energieerzeugung auf 100 Prozent Vollversorgung aus erneuerbaren Energien kann jedoch nur dann erfolgreich gelingen, wenn dazu auf dem Gebiet der Energieeffizienz zahlreiche Maßnahmen ergriffen werden. Seriöse Berechnungen gehen von einem Einsparpotenzial von mehr als 20 Prozent aus.

Neue Baukultur: Wir brauchen ein neues Verständnis des Bauens. Sämtliche Möglichkeiten des Einsatzes von erneuerbaren Energien sind in die baulichen Überlegungen einzubeziehen. Dies bezieht sich sowohl auf die Anlagen zur Energieerzeugung als auch deren Verwendung. Das heißt für die bereits bestehende Bausubstanz eine Überprüfung, an welchen Stellen durch Einsatz von moderner Technik und Baustoffen deutliche Maßnahmen zur Einsparung von Energie und CO₂ erreicht werden können. Dabei muss realistisch eingeschätzt werden, dass die bereits bestehende Bausubstanz nicht so umgebaut werden kann, dass das Niveau eines Niedrigenergie- oder gar Passivhauses praktisch erreicht werden kann. Allerdings können durch entsprechende Maßnahmen teilweise erhebliche Einsparungseffekte erzielt werden. Damit die baulichen Veränderungen vorgenommen werden können, müssen die Förderbestimmungen des Bundes und des Landes aufeinander abgestimmt und insbesondere für die privaten Haushalte, die Laien auf diesem Gebiet sind, bürgerfreundlich angeboten werden. Hierzu gehört auch, finanzielle Anreize zu schaffen, die es den privaten Eigentümern von Wohngebäuden ermöglichen, die Gebäude entsprechend umzurüsten. Das bestehende Wirrwarr und die chaotischen Zuständigkeiten sind aufzulösen. Wir schlagen vor, dass es in jeder Gemeinde einen Beauftragten geben muss, der die privaten Haushalte im gesamten Prozess berät und begleitet. Dies erfordert die enge konzeptionelle Zusammenarbeit von EigentümerInnen, Gemeinden, ArchitektInnen und Baufachleuten.

Contracting: Da oft die Finanzkraft der EigentümerInnen nicht ausreichend ist, müssen verstärkt Möglichkeiten des so genannten Contractings, also der Vorfinanzierung durch Dritte und Abzahlung der Investitionskosten aus den eingesparten Energiekosten, genutzt werden. Entsprechende Programme sind über die Thüringer Aufbaubank bereitzustellen.

Beispielwirkung öffentliche Hand: Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen. Wo noch nicht geschehen, werden alle öffentlichen Einrichtungen des Landes die Strom- und Heizenergiekosten durch entsprechende Energiespar- und Effizienztechniken senken. Zusätzlich sollen alle Möglichkeiten der erneuerbaren Energien, bis hin zur Eigenversorgung genutzt werden. Alle Landesbehörden werden für eine klimafreundliche Mobilität sorgen. Dazu muss der öffentliche Fahrzeugpark vollständig auf Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien umgestellt werden. Für Dienstreisen ist vorrangig der ÖPNV zu nutzen. Wir werden eine Initiative starten, mit der die Straßen- und Platzbeleuchtungen sowie Ampelanlagen in den Kommunen flächendeckend auf LED-Technik umgestellt werden sollen. Zudem soll bei Verkehrssignalanlagen auf den Einsatz erneuerbarer Energien umgerüstet werden.

Energiesparen in allen Haushalten: Das Thema Umwelt geht jedoch nicht nur öffentliche Stellen an, auch Privathaushalte können einen eigenen Beitrag dazu leisten. Eine „Ökologische Erste Hilfe“ für private Haushalte wäre ebenso die Nutzung von Ökokühlschränken und Energie sparenden Lampen sowie die Anschaffung effizienterer Haushaltsgeräte (ohne Stand-by). Thüringen wird sich über eine Bundesratsinitiative dafür stark machen, dass entsprechende Fördermaßnahmen eingeleitet werden, um Energiesparen und den Kauf energiesparender Geräte allen – auch Haushalten mit geringeren Einkommen – zu ermöglichen.

Verbraucherfreundlichkeit: In diesem Zusammenhang plädieren wir für die Integration der Stromkosten in die Kosten der Unterkunft für BezieherInnen von SGB II und XII-Leistungen und Erstattung der Kosten für die Kommunen über den KFA, die Wiedereinführung einer Preiskontrolle nach Bundestarifordnung Elektrizität (BOTElt) und Schaffung einer Preiskontrolle für einen Gas-Endkumentarif sowie die Bereitstellung eines Fonds für Kreise und kreisfreie Städte, aus dem Aufwendungen zur Bündelung des Strombedarfs von sozial Bedürftigen (von Rundfunkgebühren Befreite) zu einem Großabnehmervertrag (vorrangig mit örtlichen Stromanbietern) finanziert werden.

Gerade bei Personen mit geringem Einkommen muss die Daseinsvorsorge greifen, denn bislang ist es eine Frage des Geldbeutels, ob man sich ökologisch erzeugte Energie und Lebensmittel leisten kann. Für sie muss der Umstieg auf neue Technologien bezahlbar und

attraktiv werden. Zahlreiche Menschen in Thüringen besitzen ältere Häuser, verfügen jedoch nicht über die Eigenmittel, diese energetisch zu sanieren. Hier müssen Zuschüsse und attraktive Kredite zur Verfügung gestellt werden, um ihnen die notwendigen Umbauten zu ermöglichen.

Zudem dürfen die Kosten des Atomausstiegs nicht auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden. Die vier Stromriesen RWE, Eon, Vattenfall Europe und EnBW fahren seit Jahren Milliarden Gewinne ein. In den letzten zehn Jahren haben sich die Strompreise verdoppelt. Eine staatliche Preisaufsicht gibt es nicht mehr. Die Spekulation mit Strom auf den Finanzmärkten treibt den Preis in die Höhe. Laut Umweltbundesamt zahlen Stromkunden 10 bis 15 Milliarden Euro pro Jahr zu viel in die Kassen der Stromanbieter. 840.000 Haushalte waren nach Angaben des Bundesverbands der Energieverbraucher 2009 sogar von Strom- und Gassperren betroffen, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten – Tendenz steigend. Deshalb unsere Forderung: Sozialtarife im Energiebereich sowie die Wiedereinführung der staatlichen Energiepreisaufsicht.

Änderung des Steuerrechts: Wir formulieren auch ehrgeizig, dass wir Energiesparen belohnen und Energieverschwendung „bestrafen“ wollen. Das trifft in besonderem Maße auf den Energie- und Rohstoffverbrauch zu. Ökologisch verträgliches Handeln soll in Zukunft finanziell belohnt, ökologische Schäden verursachendes Handeln dagegen deutlich belastet werden. Energiesparen muss sich lohnen, und konsequente Rohstoffwiederverwertung muss gefördert werden. Diesbezügliche Änderungen im bundesdeutschen Steuerrecht wird die DIE LINKE auf den Weg bringen.

KONSEQUENT ZUM ZIEL – INTELLIGENT VERNETZT VERTEILEN

Maßnahmen zur Energieverteilung

Dritter zentraler Schwerpunkt ist die Frage der Stromnetze. Betreiber der Höchstspannungsnetze (380 kV) ist die 50 Hertz-Transmission GmbH, welche im Besitz des belgischen Übertragungsnetzbetreibers Elia (60 %) und des australischen Infrastrukturfonds Industry Funds Management (40 %) ist. Die übrigen Netze (220 bzw. 110 kV) sind, abgesehen von drei „Inseln“ (im Altenburger Land, in Teilen des Kyffhäuser- und des Wartburgkreises), in einer hochinteressanten Eigentümerschaft. Der Betreiber E.ON Thüringen ist der einzige E.ON-Ableger, der nicht komplett dem Konzern angehört. Am Thüringer Netz besitzt E.ON nur einen 53-Prozent-Anteil, die übrigen 47 Prozent sind ein kommunaler Anteil, der über die KEBT (Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG) strukturiert ist. Das heißt, hier existiert eine starke Stellung der Kommunen. Fast 800 Gemeinden sind an E.ON Thüringen beteiligt, zudem ist E.ON Thüringen auch an vielen Stadtwerken beteiligt. Es ergibt sich somit, dass das regionale Stromnetz fast flächendeckend in der Hand von E.ON Thüringen ist.

Und genau hier liegen ideale Ausgangsbedingungen, um eine Rekommunalisierung der Stromnetze, d.h. eine Überführung in die öffentliche Hand, zu realisieren. Würden sich also die Thüringer Kommunen bemühen, den bislang gehaltenen Unternehmensanteil von 47 Prozent um mindestens vier Prozent – nämlich die Unternehmensmehrheit – zu erhöhen, wäre viel gewonnen. Da es sich bei einer solchen Summe nicht nur um eine so genannte rentierliche Investition handeln würde, sondern deren Amortisierung sich auch relativ gut prognostizieren ließe, ist ein solcher Schritt unbedingt vorzunehmen.

Es muss nochmals betont werden: Förderung der erneuerbaren Energien setzt auch eine völlig neue Netzphilosophie voraus! Die Energieerzeugung erfolgt zukünftig dezentral weitestgehend da, wo die Energie benötigt wird. Das jetzige vorhandene Stromnetz muss entsprechend umgebaut und angepasst werden. Parallel dazu wird eine völlig neue Struktur aufgebaut.

Netze in öffentliche Hand: Die LINKE wird in erster Linie Impulse dafür setzen, dass zunächst die Beteiligung der Kommunen über die KEBT an der E.ON Thüringen AG erhöht wird und somit sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befindet. Verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten durch das Land (Bürgschaften, Kredite) werden dafür ausgeschöpft.

Neues Netzsystem: Mit der Übernahme wird in einem zweiten Schritt durch Gründung einer eigenen Landesgesellschaft, in die alle vorhandenen Stromnetze Thüringens integriert werden, die neue Netzphilosophie konzipiert und umgesetzt. Es geht um die Gründung eines virtuellen Kraftwerks. Dabei sollen modernste Managementsysteme (wie z.B. smart grid oder smart metering) und neueste Speichertechnologien zum Einsatz kommen. Daneben wird beim Umbau des Netzes konsequent nur noch auf Erdverkabelung entlang bestehender infrastruktureller Trassen gesetzt. Mit solchen dezentralen Netzstrukturen erleichtern wir die Entstehung kommunaler Energiesysteme und eröffnen durch Synergieeffekte und die Vermeidung zusätzlicher Übertragungs- und Netzausbaukosten erhebliche Kostensenkungspotentiale in der Stromversorgung.

Konzeptionell muss bereits auch jetzt ein „Tankstellensystem“ für Elektromobilität mitgedacht werden. Dies meint ausdrücklich nicht nur die Infrastruktur von Elektroautos. Die Entwicklung im Bereich der Elektro-Fahrradmobilität für Ballungszentren ist rasant und wird von uns gefördert. Wir sehen dort eine echte Alternative zum Auto. Dementsprechend sind notwendige Infrastrukturmaßnahmen zu schaffen.

Keine zusätzliche 380-kV-Leitung: Gleichzeitig werden wir die Initiative zum unverzüglichen Abbau nicht mehr benötigter Höchst- und Hochspannungsleitungen ergreifen und wollen durch Umbau und Ertüchtigung bestehender Trassen den umstrittenen Bau der 380-kV-Freileitung durch den Thüringer Wald verhindern. Die Rückgewinnung dieser bislang durch Stromtrassen zergliederten Räume wird die Flächen, die für erneuerbare Energie-Anlagen benötigt werden, bei weitem übertreffen.

KONSEQUENT ZUM ZIEL – ENERGIE WEITER DENKEN

Weitere flankierende Maßnahmen

Von der Umstellung der Energieerzeugung auf 100 % Vollversorgung aus erneuerbaren Energien sind viele weitere Bereiche betroffen. Viele zusätzliche Sparten werden in naher Zukunft unweigerlich einbezogen werden (müssen). Das Land soll auf eigenen Flächen und in Landesgebäuden geeignete Anlagen zur Energieerzeugung durch geeignete Tochtergesellschaften betreiben.

Unterstützung von Kommunen Das Land muss sich verpflichten, Initiativen von Kommunen und Siedlungen zur unabhängigen Stromversorgung mit Mikronetzen in enger Kooperation mit den jeweiligen Gebietskörperschaften zu fördern und entsprechende Finanzierungsmechanismen vorzuhalten. Vorrang haben dabei öffentliche und genossenschaftliche Modelle. Wir wollen eine integrierte Stadt- und Regionalentwicklung. „Kurze Wege“ stehen dabei im Vordergrund. Dies bedeutet die enge Vernetzung von Leben, Arbeiten und Wohnen.

Erneuerbare Energien finanzieren: Wir wollen die Finanzierung von Investitionen in den Ressourcenwechsel und zur Ressourceneinsparung durch die Förderinstitute des Landes erleichtern, sie überschaubarer machen und unbürokratisch ermöglichen. Dabei sollte auch über eine generelle Bündelung aller Maßnahmen in einer Hand nachgedacht werden. Zudem muss geprüft werden, wie zusätzliche Geldquellen, z.B. eine Kreditförderung für Investitionen in den Ressourcenwechsel oder die Einführung revolvingierender Fonds, akquiriert werden können. Auch die bereits vorgeschlagene Änderung des deutschen Steuerrechts (Besteuerung von Energieverschwendung und die Belohnung des Energiesparens) muss dazu herangezogen werden.

Offensive auf dem Gebiet der Bildung, Wissenschaft, Forschung und Industrie: Aber auch dem Gebiet der Bildung können wir neue Impulse geben. Für erneuerbare Energien gibt es momentan in Deutschland kein Berufsbild. Das bedeutet im Konkreten auch keinerlei Ausbildung oder Ausbildungsberufe. Die bislang in Thüringen tätigen Personen mit einer solchen Qualifizierung, z.B. SolartechnikerInnen, stammen alle aus anverwandten technischen Berufen und wurden an Weiterbildungsstätten in Thüringen ausgebildet (besser

gesagt weitergebildet). Auch beispielsweise bei der Windkraft wird in Weiterbildungseinrichtungen außerhalb Thüringens so vorgegangen. Langfristiges Ziel muss daher die Einführung neuer Ausbildungsberufe auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien sein. Die Ausbildung in diesen Bildungsgängen soll die erforderlichen Qualifikationen zur Ausübung solcher anerkannten Ausbildungsberufe vermitteln. Die Schritte dazu sind gesetzlich im Berufsbildungsgesetz bzw. in der Handwerksordnung geregelt.

Thüringen könnte sich einen unschätzbaren Vorteil und ein Alleinstellungsmerkmal verschaffen, wenn es als erstes Bundesland eine solche zentrale Ausbildungsstätte schaffen würde. Das würde nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern möglicherweise auch (junge) Leute ins Land ziehen. Zudem korrespondiert dies ausgezeichnet mit einem Gesamtkonzept für eine Energiewende im Land. Es stärkt und sichert darüber hinaus die beiden vorhandenen Einrichtungen, die bereits solche Weiterbildungsgänge anbieten. Hinzu kommt, dass für eine Anerkennung als Ausbildungsstätte gemäß Handwerksordnung hier relativ zügig viele Voraussetzungen vorhanden wären, um ohne großen Zeitverzug zu starten.

An den wissenschaftlichen Einrichtungen Thüringens wird an zahlreichen wichtigen Innovationen im Energiebereich geforscht (u.a. an Speicher- und Strommanagementtechnologien). Die Landesförderung sollte zusätzlich über das landeseigene Exzellenzprogramm diese Initiativen unterstützen. Zudem muss der Impuls für eine Clusterbildung gegeben werden, der alle Thüringer Akteure der diesbezüglichen Wissenschaftseinrichtungen an einen Tisch bringt. Darüber hinaus muss auch für eine zügige Überführung von Forschungserkenntnissen in die unmittelbare industrielle Fertigung gesorgt werden. Damit entstehen nachhaltige Arbeitsplätze hier vor Ort.

Gesetzesinitiativen unabdingbar: Zur Verwirklichung unserer Vorstellungen ist ein Paket an Gesetzesinitiativen und Novellierungsvorschlägen vonnöten. Es werden generell alle Bereiche der Bundes- und Landesgesetzgebung an die Anforderungen für eine Energiewende angepasst. Von Thüringen aus werden diesbezügliche Bundesratsinitiativen gestartet. Wir werden darauf achten, dass die gesamte Atomgesetzgebung als unumkehrbares Ausstiegsszenario überarbeitet und gesetzlich angepasst wird. Das Erneuerbare Energiengesetz muss grundsätzlich von allen Hemmnissen und Lobbyismusbedingungen entrümpelt werden. „Ähnlich werden wir mit artverwandten Gesetzen (z.B. dem Energiewärmeengesetz etc.) verfahren. Vorhandene Gesetzesvarianten – wie z.B. das Energieleitungsausbaugesetz (kurz EnlAG) müssen deutlich überarbeitet und entsprechend dem tatsächlichen Bedarf angepasst bzw. die Prüfung wirtschaftlicher Alternativen vorgeschrieben werden. Da es sich um eine Grundfrage der Daseinsvorsorge handelt, ist langfristig eine komplette Rückführung der zentralen Energieerzeugung und -verteilung in die öffentliche Hand vorgesehen. Dies wird zu gegebener Zeit mittels diverser Gesetzesinitiativen unterstützt.

Unter den Überlegungen der Energieproduktion, -effizienz und -verteilung müssen auch mindestens folgende Landesgesetze an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden: die Raumordnung und Landesplanung, die Bauordnung und betroffene Richtlinien, die Architekten- und die Ingenieurkammergesetze, die gesamte Kommunalgesetzgebung, das Thüringer Denkmalschutzgesetz, das Naturschutzgesetz und andere mit der Energiewende zusammenhängende Gesetze (z.B. Wassergesetz).

Zum Schluss ein Blick in die Zukunft der Mobilität: Nur kurz ansprechen kann man die Fragen der Elektromobilität. Die Zukunft in diesem Bereich wird – so viel ist absehbar – auf Elektroantriebsmittel hinauslaufen. Die gesamte Netzstruktur muss darauf ausgerichtet werden. Welche Möglichkeiten die modernen Speichermedien (inklusive aller technischen Details wie Speichermenge, Effizienz, Ladezeiten usw.) bieten werden, kann sich nur spekulativ umreißen lassen. Aber alles scheint möglich, vom „Auftanken“ während des Einkaufs im Supermarkt bis hin zur Stromabgabe an die Hausversorgung bei Nichtbenutzen des Fahrzeugs etc. Dennoch genügt es nicht, die herkömmliche „Autoflotte“ lediglich vom Otto- auf einen Elektromotor umzurüsten. Vielmehr muss auch Verkehr vermieden oder effizienter gestaltet werden. Bei künftigen Planungen sind die Lebensbereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit deshalb konsequent zusammen zu führen. Dazu müssen wohnortnahe

Angebote geschaffen werden. Im Personen- und auch im Güterverkehr kommt der Bahn eine besonders wichtige Rolle zu. Antriebsmöglichkeiten aus erneuerbaren Energien schaffen hier völlig neue Möglichkeiten und erfordern einen entsprechenden Ausbau der Schieneninfrastruktur, um einen attraktiven ÖPNV zu schaffen. Eine kluge Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel ist dringend notwendig. Wir brauchen ein Tempolimit. (130 km/h auf Autobahnen.)

Das System im Ganzen denken: Stromnetze, Bahnnetze, Wärmenetze, Gasnetze – alle diese Systeme müssen als Ganzes betrachtet und gedacht werden. Selbst die gesamte Mobilität muss darin einbezogen und künstliche Abgrenzungen müssen überwunden werden. Es geht um ein intelligentes, kleinteiliges Mosaik, welches jedoch nur im Gesamtgefüge funktioniert. Gleich einem Uhrwerk muss ein Rädchen in das andere greifen.

FAZIT

Die Realisierung dieser langfristigen und nachhaltigen Strategie bedeutet:

- einen wirkungsvollen Beitrag für den Schutz unserer Umwelt und die Erhöhung der Lebensqualität der Menschen,
- eine Bezahlbarkeit der Energiepreise für alle Menschen,
- einen Aufschwung in der regionalen Wirtschaft, der alle Teile des Landes erfasst,
- einen Innovationssprung für zahlreiche Wirtschaftszweige,
- die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in der Region, damit Steigerung der Wertschöpfung in Thüringen sowie die Attraktivität des Landes,
- eine demokratische Kontrolle und Kultur Thüringer Energiepolitik,
- die Übernahme von globaler sozialer Verantwortung.

Die soziale Dimension dieses Energiewechsels ist und bleibt ein zentrales Thema der LINKEN. Stromsparen muss man sich erlauben können, neue Technologien müssen bezahlbar sein, moderne energieeffiziente Wohnungen müssen sich auch alle leisten können.

Unsere Antwort auf den so genannten „grünen“ Kapitalismus ist der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft – eine sozial-ökologische Energierevolution. Denn eine Gesellschaft und die in ihr lebenden Menschen sind nur dann bereit, einen solchen anspruchsvollen Weg mitzugehen, wenn diese Energierevolution untrennbar mit der sozialen Gerechtigkeit verknüpft wird.

Deshalb brauchen wir flankierend eine Politik, die eine Grundversorgung mit Energie als Basisdienstleistung für alle sicherstellt.

Powered by DIE LINKE